

RUSSLAND

Segen vom KGB

Die Russisch-Orthodoxe Kirche und die von ihr abgespaltene Auslandskirche wollen sich wieder vereinigen, mit aktiver Unterstützung von Präsident Wladimir Putin. Russlands Staatschef hatte die Oberhäupter der beiden bislang zerstrittenen russischen rechtgläubigen Kirchen, den



Lawr, Alexij II., Putin

SERGEY PONOMAREV / AFP



Orthodoxer Gottesdienst in Russland

Moskauer Patriarchen Alexij II. und den Metropoliten Lawr, Ende Mai in seiner Residenz Nowo-Ogarjowo zu einem Versöhnungstreffen empfangen. Die russische Kirchenspaltung war eine Folge der bolschewistischen Revolution von 1917, die Millionen Menschen ins Exil zwang. Bei der Neuvereinigung soll nach dem Willen

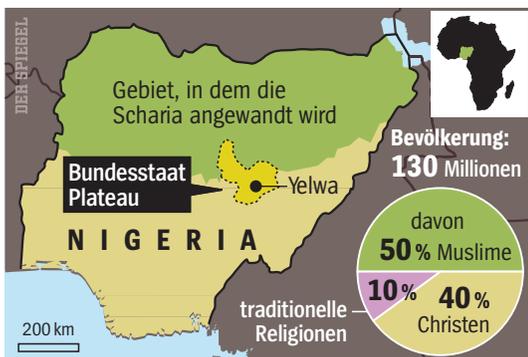
des Kreml und des Moskauer Patriarchats auf eine Vergangenheitsbewältigung verzichtet werden. Im Krieg gegen Deutschland zwischen 1941 und 1945 hatte die Russisch-Orthodoxe Kirche eine Wiederauferstehung erlebt – mit dem Segen der sowjetischen Staatssicherheit. Das Volkskommissariat für Inneres (NKWD) und

NIGERIA

Religionskrieg im Ölstaat

Nach wochenlangen blutigen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen und christlichen Fundamentalisten drohen in Nigeria, dem größten Ölproduzenten Afrikas, der Ausbruch eines Bürgerkriegs und der Zerfall des Nationalstaats – oder gar eine neue Militärdiktatur. Bei einem Rachefeldzug christlicher Milizen, die Vergeltung für muslimische Übergriffe nehmen wollten, sind jüngst allein in der Stadt Yelwa bis zu 630 Menschen getötet worden. Zuvor hatten islamistische Extremisten ebenfalls in Yelwa 49 Christen massakriert. Damit erreicht die religiös-ethnische Gewalt einen neuen Höhepunkt. Über 60000 Menschen sollen sich mittlerweile auf der

Flucht vor den Milizen befinden. Um in den Unruhegebenden die staatliche Ordnung halbwegs aufrechtzuerhalten, verhängte Präsident Olusegun Obasanjo im Bundesstaat Plateau den Ausnahmezustand. Damit hat der Präsident eine einzigartige Machtfülle: Er kann auf unbestimmte Zeit Menschen einsperren, Demonstrationen verbieten und Häuser ohne Genehmigung durchsuchen lassen. Ob Obasanjo der ausufernden Gewalt Herr werden kann, scheint fraglich. Schon warnt die „Christian Association of Nigeria“ vor einem neuerlichen Blutbad. So habe eine islamistische Gruppe in Flugblättern Rachefeldzüge gegen „Ungläubige“ angekündigt. „Das Dschihad-Blut ist noch frisch in unseren Adern“, drohen die Extremisten, „es ist uns egal, welchen Preis wir für die Verteidigung unserer großen Religion zu zahlen haben.“



Miliz im Bundesstaat Plateau

PIUS UTOMI EKPEI / AFP

GRIECHENLAND

Olympische Zulagen

Einen Bonus von 1000 bis 2500 Euro fordern Tausende griechische Arbeitnehmer, die im kommenden Sommer nicht ihren gewohnten Urlaub am Strand verbringen können – weil sie in Athen für die Olympischen Sommerspiele (13. bis 29. August) gebraucht werden. Die Regierung will wohl zahlen, um keinen Ärger mit Busfahrern, Krankenschwestern, Müllmännern, städtischen Gärtnern und Sicherheitskräften zu riskieren, der sonst zu weiteren Verzögerungen bei der Vorbereitung des globalen Sportevents führen könnte. Die Prämien für die ungewohnte August-Arbeit werden die Kosten der Mammutveranstaltung weiter in die Höhe treiben. Schon jetzt sind die Ausgaben weit entfernt von den einstigen Planansätzen. Nach jüngsten Schätzungen wird die griechische Regierung wegen der explodierenden Olympia-Ausgaben in diesem Jahr statt der geplanten 22,5 Milliarden Euro an neuen Krediten vermutlich insgesamt mehr als 30 Milliarden aufnehmen müssen. Dabei bleibt das weltweite Interesse an den teuren Spielen bislang hinter den Erwartun-



N. IGNATIEV / NETWORK / AGENTUR FOCUS

später das KGB warben und kontrollierten den Großteil der Kirchenhierarchie, die sich gegenüber der Sowjetmacht als loyal erwies. Zu den inoffiziellen Mitarbeitern des KGB gehörte auch Patriarch Alexij, der sich nun gegenüber den Auslandsorthodoxen von den „tragischen Ereignissen der Revolution“ distanziert.



ARIS MESSIMIS / AFP

Olympia-Werbung in Athen

gen zurück. 65 Prozent aller Eintrittskarten, mehr als drei Millionen, seien noch nicht verkauft, schlugen griechische Zeitungen vergangene Woche Alarm. „Ich weiß nicht“, stöhnte Kabinettsmitglied Georgios Souflias jetzt, etwas spät, „ob wir die Spiele hätten nehmen sollen.“

NORDKOREA

Presse unerwünscht

Nordkoreas Diktator Kim Jong Il machte Montag vergangener Woche deutlich, wie er sich eine Berichterstattung aus seinem Reich vorstellt. Anlass war die Eröffnung eines Lesesaals des Goethe-Instituts in Pjöngjang: Sensationell hatte das stalinistische Regime „freien Zugang“ für alle Untertanen zu deutschen Büchern und Medien versprochen. Schon auf der Hinreise, bei einem Zwischenstopp in Peking, wurde die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach indes von der Nachricht überrascht, dass Pjöngjang den Korrespondenten von SPIEGEL und der „Frankfurter Allgemeinen“ („FAZ“) die Einreise ohne Begründung verweigert hatte – entgegen früheren Zusagen an das Goethe-Institut. Doch unverdrossen setzte die Delegation – darunter Monika Griefahn, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien



DPA

Kim Jong Il

– die Reise nach Nordkorea fort. Am Flughafen in Pjöngjang nahmen Kims Sicherheitsbeamte den Deutschen die Mobiltelefone ab. Über das Berichtsverbot für SPIEGEL und „FAZ“, mit dem Pjöngjang überdies gegen ein Abkommen zwischen Nordkorea und der Bundesrepublik über den Zugang für Medien verstieß, zeigte sich Limbach zwar „bitter enttäuscht“, aber auch nicht ganz ohne Verständnis: „So ein Recht nehmen sich auch demokratische Staaten heraus.“ Seine Kampagne gegen Journalisten setzte Kim vergangene Woche fort, als er einem Reporterteam von Associated Press die Einreisevisa verweigerte.

SERBIEN

„Unter meinem Niveau“

Der ultra-nationalistische Vize-Chef der „Serbischen Radikalen Partei“ und ehemalige Freischärlerführer Tomislav Nikolić, 52, gilt als Favorit bei der am 13. Juni stattfindenden Präsidentschaftswahl.



KOCA SULEJMANOVIC / AFP

SPIEGEL: Ihre großserbische Wahlkampfrhetorik erschreckt den Westen. Wollen Sie das Land erneut in den Krieg führen?
Nikolić: Natürlich wünsche ich mir ein Serbien, das auch unsere Landsleute außerhalb der jetzigen Grenzen einschließt. Bin ich deshalb ein Faschist? Ich bin ein größerer Demokrat als Vojislav Koštunica, dessen Regierung den Westen an der Nase herumführt. Seine Partei ist ebenso revanchistisch wie die Demokratische Partei des ermordeten Premiers Djindjić.
SPIEGEL: Sie sind bekannt für Ihren Konfrontationskurs: Die diplomatischen Beziehungen mit Kroatien nennen Sie „sinnlos“, in das Kosovo soll die serbische Armee zurückkehren, Bosnien prophezeien Sie den Zerfall.
Nikolić: Die serbischen Flüchtlinge werden nur nach Kroatien zurückkehren, wenn dort eine Art Autonomie für sie vereinbart wird. Ein kleines Kontingent

unserer Armee und Polizei könnte im Rahmen der Friedenstruppen in das Kosovo zurückkehren. Und Bosnien ist ein künstliches Gebilde, das nicht überleben kann: In der muslimisch-kroatischen Föderation sind die Katholiken bereits an Kroatien gebunden; natürlich wird sich auch die serbische Bevölkerung eines Tages mit Serbien verbinden.
SPIEGEL: Eine Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal würde es unter einem Präsidenten Nikolić nicht geben ...
Nikolić: Ein Treffen mit der Chefanklägerin Carla Del Ponte wäre unter meinem Niveau. Aber solange wir das bestehende Gesetz nicht geändert haben, müssen wir die Angeklagten ausliefern.
SPIEGEL: Wo liegen Ihre außenpolitischen Prioritäten?
Nikolić: Langfristig bei der EU, obwohl die uns sicher noch 15 Jahre in der dritten Reihe stehen lassen wird. Warum sollte die auch einen Staat mit 1,5 Millionen Arbeitslosen wollen, in welchem der Premier ermordet wird, jeder jeden erpresst und die Politiker von Kriminellen kommandiert werden?
SPIEGEL: Der in Den Haag einsitzende Ex-Präsident Slobodan Milošević ließ ausrichten, er unterstütze Ihre Kandidatur.
Nikolić: Das ist richtig. Die Sozialisten sind nicht mehr seine Partei. Die haben ihn verraten. Wenn ich gewählt werden würde, wäre es meine erste Amtshandlung, die Regierung zum Rücktritt aufzufordern, Neuwahlen zu verlangen und die Radikale Partei an die Macht zu bringen.